



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 234.1
Abo-Nr.: 1067656
Seite: 27
Fläche: 36'329 mm²

Trotz Bausparen nimmt Eigentum nur mässig zu

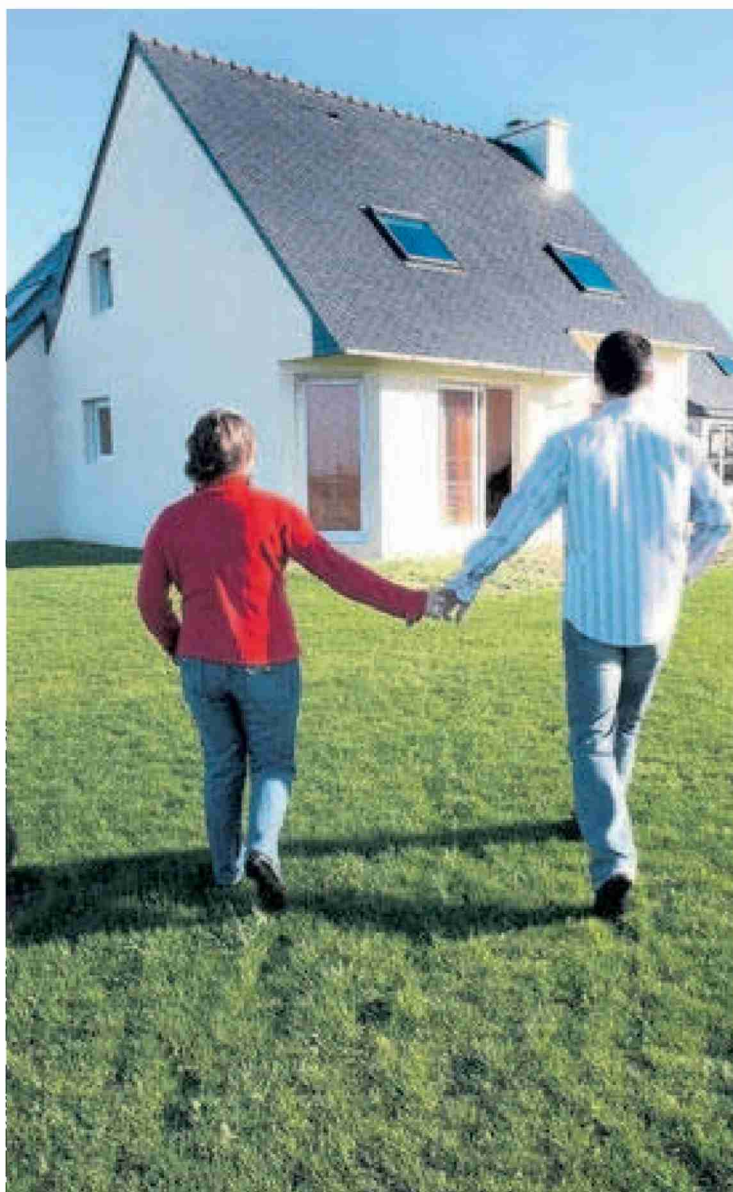
Gegner stellen den Erfolg des Modells infrage

Von Michel Ecklin

Liestal. Das Bausparen ist eine Baselbieter Erfindung. Die Bausparinitiative, über die die Schweiz am 11. März abstimmt, will das seit 1990 im Baselbiet angewendete Modell auf die ganze Schweiz ausweiten. Das heisst aber nicht, dass das Bausparen im Baselbiet keine Gegner hätte. «Es gab immer eine Minderheit, die dagegen war», sagte gestern Nationalrätin Maya Graf (Grüne), als sie im kantonalen Komitee «Nein zu den Bausparinitiativen» den Medien ihre Argumente darlegte. Die Sissacherin wirft der Baselbieter Regierung und der Mehrheit des Landrats «Zwängerei» vor. Denn das Bausparen sei seit 2004 bundesrechtswidrig. «Trotzdem wird immer wieder versucht, es durchzustieren.»

Urs Thrier, Geschäftsleiter des Mieterinnen- und Mieterverbands Baselland, meinte: «Die Initianten rund um Hans Rudolf Gysin versuchen, die Abstimmung zu einem Plebiszit für das angeblich so erfolgreiche Bausparen im Baselbiet zu machen.» Dabei sei dieses «alles andere als ein Erfolgsmodell». Dies erläuterte er anhand einer Studie von Crédit Suisse, wonach im Baselbiet die Wohneigentumsquote zwischen 2000 und 2011 um 3,9 Prozent zugenommen habe, weniger stark als in 13 anderen Kantonen. «Der Kanton Baselland ist im Schweizer Mittelfeld, obwohl nur er das Bausparen kennt», sagte Thrier.

Dass die Zahlen gegen das Bausparen sprächen, erklärt das Komitee damit, dass nur Familien des oberen Mittelstands das Bausparen in Anspruch nehmen könnten. Diese seien aber auch ohne steuerliche Begünstigung in der Lage, Wohneigentum zu erwerben. Der



Illusorisch. Auch mit Bausparen bleibe der Traum vom Eigenheim für Familien mit tiefem Einkommen unerreichbar, kritisieren Gegner der Vorlage. Foto Colourbox



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 234.1
Abo-Nr.: 1067656
Seite: 27
Fläche: 36'329 mm²

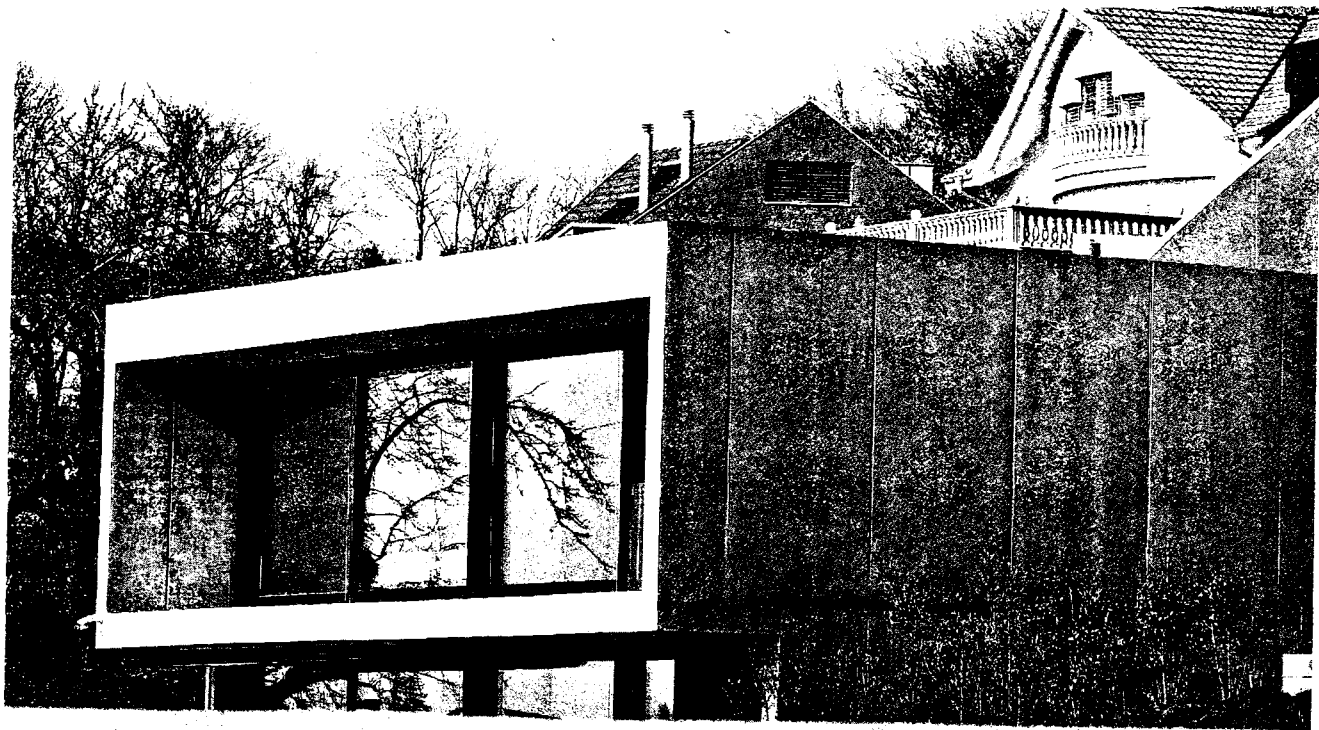
untere Mittelstand hingegen, den die Bausparbefürworter begünstigen möchten, verdiene nicht genug, um zu profitieren. «Die Mehrheit hat nichts von den Steuervergünstigungen fürs Bauen», so Graf. «Ein Nein zur Initiative ist deshalb eine Frage der Steuergerechtigkeit.»

Die Initianten behaupten, Bausparen löse durch Bauinvestitionen eine Wertschöpfung aus, welche die Steuerausfälle wettmache. Doch das bezweifeln die Initiativgegner. «Sogar der Ökonom Silvio Borner, wahrlich kein Linker, glaubt nicht an den volkswirtschaftlichen Nutzen des Bausparens», sagte Thrier.

Ein weiteres Steuerschlupfloch

Für den Baselbieter SP-Präsidenten Martin Rüegg hat sich das Bausparen im Baselbiet als «finanzpolitisch unsinnig» erwiesen. Der Kanton verliere jährlich sechs Millionen Franken an Steuereinnahmen. Die Initiative widerspreche zudem dem Bundesgesetz über Steuerharmonisierung und dem von rechtsbürgerlichen Kreisen propagierten Anliegen der «Steuererklärung auf dem Bierdeckel». Stattdessen schlage sie nur ein weiteres Steuerschlupfloch vor.

Im Baselbieter Gegenkomitee sind namhafte Politiker aus dem linken Spektrum vertreten, so Ständerat Claude Janiak, Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer und zahlreiche Landräte. Im Baselbiet sei Bausparen zu einer Links-rechts-Frage geworden, so Thrier. In der Restschweiz sei das anders. So hätten sich zahlreiche FDP-Kantonalparteien und die meisten Finanzdirektoren gegen die Initiative ausgesprochen. Er ist daher überzeugt: «Es gibt ein deftiges Nein, zumindest auf Bundesebene.»



Ein Eigenheim könnten sich weiterhin nur jene leisten, die auch ohne Bauspar-Steuerabzug das nötige Kapital haben, argumentiert das Baselbieter Nein-Komitee.

KEYSTONE

Gegen das Steuerschlupfloch

Bauspar-Abstimmung Nein-Komitee stellt seine Argumente vor

VON DANIEL HALLER

«Es gibt kein Baselbieter Erfolgsmodell», zerpfückt der Urs Thrier die Argumentation der Regierung. Der Geschäftsführer des Baselbieter Mieterverbands betonte, das seit 2005 bundesrechtswidrige Bausparen sei bezüglich Wohneigentumsförderung wirkungslos. So habe im Aargau in den 90er-Jahren ohne Bausparen die Wohneigentumsquote um 4,4, im Kanton Solothurn um 4,3 Prozent zugenommen, im Baselbiet mit Bausparmodell nur um 3,6 Prozent. Zwischen 2000 bis 2011 habe gemäss Credit Suisse die Baselbieter Wohneigentumsquote 3,9 Prozent zugenommen. 13 Kantone hätten einen grösseren Zuwachs verzeichnet.

Auch zweifelt Thrier an der Pressekonferenz des kantonalen Abstimmungskomitees «Nein zum Bausparen», ob sich das angesparte Kapital volkswirtschaftlich positiv auswirke: «Solange man diese Gelder nicht unter der Matratze versteckt, werden sie alternativ ausgegeben. Dies führt ebenfalls zu positiven wirtschaftlichen Folgen.»

«Mieten runter»

Entsprechend bezeichnet die grüne Nationalrätin Maya Graf das Bau-

sparen als «nicht zielführend». Zudem sei es steuer- und finanzpolitisch falsch, da «nicht die unteren, sondern nur die oberen Mittelstandsfamilien, die auch ohne Steuerabzüge für Wohneigentum sparen können».

«Bausparen ist nicht zielführend. Die Mieten müssen runter. Dies ist die Hauptsorge von zwei Dritteln der Bevölkerung.»

Maya Graf, Nationalrätin

ten, profitieren.» Sie kritisiert, dass schweizweit 250 Millionen Franken Steuern unter anderem für Gesundheits- und Bildungswesen ausfallen würden. Grafs Fazit: «Die Mieten müssen runter. Dies ist die Hauptsorge von zwei Dritteln der Bevölkerung.»

«Befehlsempfänger der Wirtschaft»

Dem stehe das Bausparen im Weg, denn es führe zu einem Anstieg der Bodenpreise und damit auch zu einem Anstieg der Mieten, erklärt der Baselbieter SP-Präsident Martin Rüegg. Dies sei die Konsequenz daraus, dass in solchen Fragen im Baselbiet das

Haus der Wirtschaft die Vorgaben durchgebe, während die Politik die Rolle des Befehlsempfängers übernehme.

So sei auch die Schiefelage der Kantonsfinanzen unter anderem eine Folge tiefer Eigenmietwerte und hoher Abzugsmöglichkeiten für Wohneigentümer. Angesichts des Sparpakets und der Forderungen von bürgerlicher Seite nach Vereinfachung der Steuererklärung stehe das Bausparen quer in der Landschaft, da damit dem Kanton alleine an Staatssteuern jährlich sechs Millionen Franken entgehen. Das Bausparen sei deswegen nur ein weiteres Steuerschlupfloch. Rüegg fordert – anstelle der Wohneigentumspolitik mittels steuerbefreitem Bausparen – eine Förderung des gemeinnützigen Wohnneubaus.

Das Trio des Komitees «Nein zu den Bausparinitiativen» zeigt sich optimistisch, dass die per Umfrage ermittelte Zustimmung von 55 Prozent der Befragten zur Bausparinitiative noch in ein Nein gedreht werden könne: «Bisher wurde noch zu wenig auf die Gefahren hingewiesen», erklärte Maya Graf. «Ist man nicht informiert, klingt «Bausparen» attraktiv, auch wenn es nicht für alle möglich ist.»

BZ 17.2.12

Kal
por
Sch
100
stat

SUISS
GARANT

Rack
Natur
900g
statt

Coca-C
alle So



Sandra Bätcher und Marcel Zimmermann wollen Tenniken zu einer «echten» Wahl verhelfen.

Bilder zvg

dürfte ihm zugutekommen, dass er Mannschaftsvertreter in der Feuerwehr war.

weitere Abklärungen getroffen. Besprochen wurde, was die Instandsetzung der bröckelnden Decke für den geplanten Neubau zu bedeuten hat. Informationen erfolgen Ende dieser Woche. **com.**

Widerstand aus dem Bausparkanton

Baselbiet | Komitee wirbt für ein Nein zur Bausparinitiative

Die Bausparinitiative, über die am 11. März abgestimmt wird, ist auf Baselbieter Mist gewachsen. Ein Nein-Komitee legte in Liestal mit Argumenten dar, weshalb die Initiative in vielerlei Hinsicht falsch sei und abgelehnt werden müsse. Auch im Baselbiet.

Barbara Saladin

«Annahme der Bausparinitiative auf eigene Gefahr!» warnt ein signalgelbes Schild auf dem Abstimmungsplakat, das für ein Nein zur Vorlage wirbt. Gestern legten Vertreter des Nein-Komitees in Liestal vor den Medien die Gründe für eine Ablehnung der Initiative dar, die das Bausparmodell, das es im Baselbiet bereits seit 20 Jahren gibt, auf die ganze Schweiz ausdehnen will.

«Bereits 2005 hat das Bundesgericht das Baselbieter Bausparmodell als willkürlich und verfas-

sungswidrig bezeichnet», lauteten die klaren Worte der Grünen-Nationalrätin Maya Graf. Das Modell und die Initiative seien ein Produkt von alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin und als «Zwängerei der Baselbieter Bürgerlichen» zu bezeichnen. Der Bundesrat und die meisten kantonalen Finanzdirektoren lehnten die Initiative klar ab.

«Das Begehren ist steuer-, finanz- und gesellschaftspolitisch falsch», so Graf. Bauspareinlagen seien für den Grossteil der Schweizer Bevölkerung – inklusive Mittelsstandsfamilien – entgegen anders lautender Werbung gar unerschwinglich. Zudem seien Kantone und Gemeinden dringend auf die Steuereinnahmen angewiesen, die durch die Steuererleichterungen des Bausparens wegfallen würden. Und gesellschaftspolitisch sei die Vorlage falsch, weil in der Schweiz fast zwei Drittel der Bevölkerung Mieter seien und es deshalb wichtiger wäre, die Mieten erschwing-

lich zu halten, als einigen wenigen zum Steuernsparen zu verhelfen.

«Eine heilige Kuh»

Zudem, so Graf weiter, sei die Initiative nicht zielführend: In den zwei Jahrzehnten, in denen das Bausparen im Baselbiet bestehe, sei der Anteil an Wohneigentum durchschnittlich nicht stärker gestiegen als in anderen Kantonen.

«Das Bausparen gleicht einer heiligen Kuh», monierte SP-Landrat und Parteipräsident Martin Rüegg und wies darauf hin, dass der Bereich Wohneigentum im «Entlastungspaket 12/15», das sonst von allen Seiten einen Aderlass verlange, vollkommen ausgespart werde. Zudem hätten 92 Prozent der Baselbieter im vergangenen November eine Verfassungsänderung angenommen, die ein leichter verständliches Steuergesetz vorsehe. «Also genau das Gegenteil vom steuerbefreiten Bausparen, das ein weiteres Steu-

erschlupfloch darstellt», so Rüegg. «Im Baselbiet beträgt der Leerwohnungsbestand rund ein halbes Prozent», sagte Urs Thrier, Geschäftsführer des Mieterverbands Baselland. Bei solch tiefen Zahlen rede man von Wohnungsnot – leider habe sich das Bausparen nicht positiv auf den Wohnungsbestand im Kanton niedergeschlagen. Die Ablehnung der Bausparinitiative sei weder eine Links-Rechts-Frage noch eine Stadt-Land-Angelegenheit, auch sei der Mieterverband nicht grundsätzlich gegen Wohneigentum. «Doch dass die Finanzdirektoren fast aller Kantone in der Schweiz dagegen sind, ist doch ein Warnsignal», so Thrier.

«Jeder träumt vom Wohneigentum, darum klingt die Initiative verführerisch», fügte Rüegg hinzu, «doch wenn man das Modell durchdenkt, merkt man, dass es einem Grossteil der Bevölkerung nichts bringt. Da sind zu viele Pferdefüsse drin.»

BDP und GLP stimmen oft wie linksgrün ab

Baselbiet | Die beiden neuen Baselbieter «Mitteparteien» BDP und Grünliberale politisieren tendenziell links. Dies berichtete die «Basler Zeitung» am Sonntag. Den Sachverhalt belegt die BaZ mit den Resultaten einer Studie, für die der Gelterkinder Politforscher Christian Bolliger 50 Landratsabstimmungen ausgewertet hat. Dabei zeigte sich, dass beide Parteien eine deutlich höhere Übereinstimmung mit SP und Grüne haben als mit den bürgerlichen SVP und FDP. Bei 19 von 25 umstrittenen Traktanden stimmten diese Mitteparteien gleich wie der linksgrüne Block. Eine weitere Erkenntnis: Die BDP politisiert noch weiter links als die GLP. **vs.**

Kaltluft baut den Feinstaub ab

Liestal | Wegen der Wetterlage hat sich die am Donnerstag noch sehr hohe Feinstaubbelastung in der Region Basel abgebaut. Mit einem neuerlichen Anstieg ist in den nächsten Tagen nicht zu rechnen. Das Lufthygieneamt beider Basel beobachtet die Situation aber laufend und wird die Bevölkerung bei Bedarf informieren. **vs.**

VOLKSSTIMME
13. 2. 2012